

Regierung des Fürstentums Liechtenstein
Ministerium für Infrastruktur und Justiz
Peter-Kaiser-Platz 1
Postfach 684
9490 Vaduz

Datum

Antrag auf Genehmigung Änderung Bauordnung und / oder Zonenplan / oder Richtplan durch die Regierung – Bestätigung ordnungsgemässe Durchführung Gemeindeverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Beispieltext: Antrag / Begehren der Gemeinde

[Inhalt und Begründung]

Seit mehr als 30 Jahren ist das XXX am Standort XXX angesiedelt. Nebst Wohnmöglichkeiten bietet das XXX auch verschiedene Arbeitstätigkeiten an. In diesem Zusammenhang sind auf dem Areal XXX zwischenzeitlich verschiedene Bauten und Anlagen errichtet worden. Im Rahmen betrieblicher Anpassungen und Erweiterungen wurde 2014 letztmals eine geringfügige Anpassung bei der Zonierung im Süden des Areals vorgenommen. Einige der Bauten und Anlagen befinden sich heute in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ZöBA), andere in der Landwirtschaftszone (LWZ).

Das XXX plant die Erweiterung des bestehenden Wohnhauses im Norden des Areals. Die Erweiterung umfasst Bewohnerzimmer und weitere ergänzende Räumlichkeiten. Die Erweiterung befindet sich innerhalb der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ZöBA). Infolge des Erweiterungsbaus sind die Parkierung sowie die rückwärtige Erschliessung des Wohnhauses, insbesondere aber auch die Zufahrt zu den Arbeitsbereichen "Gewächshaus und Holzverarbeitung" neu zu organisieren. Diese neue Erschliessung beansprucht geringfügig auch Fläche ausserhalb der bestehenden ZöBA. Der Zonenplan soll deshalb dafür angepasst werden.

Konkret geht es um eine Fläche von XXX m² des Grundstücks XXX, welche von der Landwirtschaftszone in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen einzoniert werden soll. Das Amt für Umwelt hat der Gemeinde mitgeteilt, dass für diese Zonenplanänderung kein Eingriffsverfahren gemäss Naturschutzgesetz nötig ist. Allerdings ist auf Grundlage des gültigen Bodenerhaltungsgesetzes, soweit möglich eine Ausgleichsfläche der Landwirtschaftszone zuzuordnen. Deshalb soll ebenfalls vom Grundstück XXX eine Teilfläche mit demselben Ausmass von heute Strassen und dergleichen in Landwirtschaftszone umzoniert werden.

[Verfahren]

Der Gemeinderat hat die Einzonierung an seiner Sitzung vom XXX behandelt und einstimmig genehmigt. Vom XXX bis XXX fand gemäss Art. 13 Abs. 1 des Baugesetzes die Planaufgabe dieser Zonenplanänderung statt. Ebenso wurden die betroffenen Grundeigentümer über die geplante Änderung informiert. Während der Auflagefrist sind gegen die geplante Zonenplanänderung keine Einsprachen eingegangen.

Anbei übermitteln wir Ihnen die Unterlagen der Gemeinde Wählen Sie ein Element aus. im Zusammenhang mit der Änderung der Bauordnung und / oder des Zonenplans / oder des Richtplans.

Die Gemeinde beantragt die Genehmigung der Änderung durch die Regierung und bestätigt hiermit, das entsprechende Verfahren auf Gemeindeebene bis dato ordnungsgemäss durchgeführt zu haben.

Freundliche Grüsse

Beilagen:

- Änderung der Bauordnung und / oder des Zonenplans / des Richtplans
- Planungsbericht
- Gemeinderatsbeschluss vom Datum
- (Öffentliche Auflage)
- (Bestätigung schriftliche Verständigung)
- weitere Dokumente im Zusammenhang (Richtprojekt, Studien, Bedarfsnachweis, SUP, Bewilligung Eingriffsverfahren gemäss NSchG, Bewilligung Rodung gemäss WaldG, etc.)